

18. September 2002

Verordnung über die Ordnungsbussen (Kantonale Ordnungsbussenverordnung, KOBV)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,
gestützt auf Artikel 4 des eidgenössischen Ordnungsbussengesetzes vom 24. Juni 1970 (OBG [SR 741.03]), Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 12. September 1971 betreffend die Einführung des eidgenössischen Ordnungsbussengesetzes und die Erhebung von anderen Ordnungsbussen [BSG 324.1], auf Antrag der Polizei- und Militärdirektion,
beschliesst:

Art. 1

Zuständige Polizeiorgane

¹ Die uniformierten Polizeiorgane des Kantons sind berechtigt, Ordnungsbussen für die im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten Übertretungen (Bussenliste), Ordnungsbussen im Strassenverkehr gemäss OBG sowie die Ordnungsbusse gemäss Artikel 28b des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG) [SR 812.121] zu erheben. [Fassung vom 20. 11. 2013]

² Den Polizeiorganen der Gemeinden steht die Befugnis zur Erhebung von Ordnungsbussen gemäss Anhang zu dieser Verordnung nur insoweit zu, als sie mit der Polizei- und Militärdirektion einen Vertrag gemäss Artikel 8 des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 (PoIG [BSG 551.1]) abgeschlossen haben. [Fassung vom 17. 10. 2007]

³ Bei der Erhebung von Ordnungsbussen im Strassenverkehr durch die Gemeinden kommen auch die Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 17. Oktober 2007 (PoIV [BSG 551.111]) zur Anwendung. [Fassung vom 17. 10. 2007]

⁴ Soweit in den Bereichen Jagd und Wildtierschutz, Fischerei und Naturschutz gemäss Gesetz vom 25. März 2002 über Jagd und Wildtierschutz (JWG [BSG 922.11]), Fischereigesetz vom 21. Juni 1995 (FiG [BSG 923.11]) und Naturschutzgesetz vom 15. September 1992 [BSG 426.11] Ordnungsbussen erhoben werden, sind dazu auch die mit den Aufgaben der Jagd- und Wildtieraufsicht, der Fischereiaufsicht sowie der Naturschutzaufsicht betrauten Personen ermächtigt. Dies gilt jedoch nicht für die freiwilligen Jagdaufseherinnen und Jagdaufseher. Die ermächtigten Personen handeln dabei als Polizeiorgane.

Art. 2

Ausschluss des Ordnungsbussenverfahrens

¹ Das Ordnungsbussenverfahren ist ausgeschlossen

- a bei Widerhandlungen, durch die die Täterin oder der Täter Personen gefährdet oder verletzt oder Sachschaden verursacht hat,
- b bei Widerhandlungen, die nicht von einem ermächtigten Polizeiorgan selber beobachtet worden sind, unter Vorbehalt von Artikel 2 Buchstabe b OBG [SR 741.03],
- c bei Widerhandlungen von Kindern.

² Das Ordnungsbussenverfahren ist ebenfalls ausgeschlossen,

- a wenn der fehlbaren Person zusätzlich eine nicht in der Bussenliste aufgeführte Widerhandlung vorgeworfen wird,
- b wenn die Summe mehrerer Bussenbeträge 600 Franken übersteigen würde.

Art. 3

Zusammentreffen mehrerer Übertretungen

¹ Erfüllt die fehlbare Person durch eine oder mehrere Widerhandlungen mehrere Ordnungsbussentatbestände, so werden die Bussen zusammengezählt, und es wird eine Gesamtbusse

aufgelegt. Vorbehalten bleibt Artikel 2 der eidgenössischen Ordnungsbussenverordnung vom 4. März 1996 (OBV) [SR 741.031].

² Lehnt die fehlbare Person das Ordnungsbussenverfahren für eine von mehreren ihr vorgeworfenen Übertretungen ab, so findet auf alle Übertretungen das ordentliche Verfahren gemäss Schweizerischer Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO [SR 312.0; BBl 2007 6977]) [Fassung vom 27. 10. 2010] Anwendung.

Art. 4

Ablehnung, Verzeigung

Die zur Erhebung von Ordnungsbussen ermächtigten Polizeiorgane sind verpflichtet, der fehlbaren Person mitzuteilen, dass sie das Ordnungsbussenverfahren ablehnen kann. In diesem Fall ist Anzeige zu erstatten, und es findet das ordentliche Verfahren statt.

Art. 5

Bezahlung, Quittung, Bedenkfrist

¹ Die fehlbare Person kann die Busse sofort oder innerhalb von 30 Tagen bezahlen.

² Bei sofortiger Bezahlung wird eine Quittung ohne den Namen der fehlbaren Person ausgestellt.

³ Wird die Ordnungsbusse nicht sofort bezahlt, erhält die fehlbare Person ein Bedenkfristformular. Zahlt sie innert Frist, wird das Formular vernichtet. Andernfalls leiten die Polizeiorgane das ordentliche Verfahren ein.

Art. 6

Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz

Bezahlt eine fehlbare Person ohne Wohnsitz in der Schweiz die Busse nicht sofort, hat sie den Betrag zu hinterlegen oder anderweitige angemessene Sicherheit zu leisten.

Art. 7

Formulare, Kosten

¹ Im Ordnungsbussenverfahren werden die offiziellen Formulare verwendet.

² Das Ordnungsbussenverfahren ist kostenlos.

Art. 8

Administration

¹ Die im Zusammenhang mit der Erhebung und dem Inkasso von Ordnungsbussen stehenden administrativen Arbeiten werden von der Ordnungsbussenzentrale der Kantonspolizei oder von den Gemeinden besorgt.

² Werden sie von den Gemeinden besorgt, so tragen diese die dabei anfallenden Kosten.

³ Nimmt eine Gemeinde in den Fällen von Absatz 2 die mit der Bearbeitung und Verwaltung der Ordnungsbussen erforderlichen Administrativarbeiten nicht selber wahr, kann sie diese Aufgaben der Ordnungsbussenzentrale der Kantonspolizei zu kostendeckenden Ansätzen übertragen.

Art. 9

Verfügungsrecht über die Ordnungsbussen

¹ Werden die administrativen Arbeiten durch die Gemeinden besorgt, fallen die Beträge der Ordnungsbussen, welche von Polizeiorganen gemäss Artikel 1 Absätze 2 und 3 verhängt worden sind, den Gemeinden zu.

² Die Beträge der auf Grund des ordentlichen Strafverfahrens ausgefallten Bussen und die Beträge der durch die Kantonspolizei oder die Organe der Jagd- und Wildtieraufsicht, der Naturschutzaufsicht sowie der Fischereiaufsicht verhängten Ordnungsbussen fallen dem Kanton zu.

Art. 10

Übergangsbestimmungen

Gemeinden, welche nach bisherigem Recht von der Polizei- und Militärdirektion zur Erhebung von bestimmten Ordnungsbussen ermächtigt waren, bleiben dazu bis zum Abschluss eines Vertrages gemäss

Artikel 8 PolG [BSG 551.1] berechtigt.

Art. 11

Aufhebung eines Erlasses

Die Verordnung vom 6. Dezember 1972 über die Ordnungsbussen wird aufgehoben.

Art. 12

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft.

Bern, 18. September 2002

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: *Zölch-Balmer*
Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Anhang zu Artikel 1

Bussenliste [Fassung vom 19. 5. 2004]

A	<i>Gewerbepolizei</i>	CHF
1.	Nichtmitführen der Handelsreisendenkarte (Art. 14 Abs. 1 Bst. f des Bundesgesetzes vom 23. März 2001 über das Gewerbe der Reisenden [SR 943.1])	150.-
2.	Nichtverlassen eines Gastwirtschaftsbetriebes als Gast zur Schliessungsstunde (Art. 49 Abs. 1 Bst. f des Gastgewerbegesetzes vom 11. November 1993 [BSG 935.11]) [Fassung vom 1. 4. 2009]	40.-
2a.	Widerhandlung als Gast gegen das Rauchverbot (Art. 49 Abs. 1 Bst. f des Gastgewerbegesetzes vom 11. November 1993 [GGG [BSG 935.11]]) und Art. 5 des Gesetzes vom 10. September 2008 zum Schutz vor Passivrauchen [SchPG [BSG 811.51]]) [Eingefügt am 1. 4. 2009]	40.-
3.	Gewähren von Zutritt zu einem Spielsalon an eine jugendliche Person vor Erreichen des zutrittsberechtigten Alters (Art. 20 der Spielapparateverordnung vom 20. Dezember 1995 [SpV [BSG 935.551]])	100.-
B	<i>Gesetz über das kantonale Strafrecht [Fassung vom 27. 10. 2010]</i>	
4.	Leichte Fälle von Nachtruhestörung und des unanständigen Benehmens (Art. 12 des Gesetzes vom 9. April 2009 über das kantonale Strafrecht [KStrG [BSG 311.1]]), [Fassung vom 27. 10. 2010],	

	a Nachtruhestörung [Fassung vom 5. 11. 2008]	90.-
	b unanständiges Benehmen ohne Nachtruhestörung [Fassung vom 5. 11. 2008]	90.-
	c unanständiges Benehmen mit Nachtruhestörung [Fassung vom 5. 11. 2008]	180.-
C	<i>Veterinär- und Hundewesen [Titel Fassung vom 19. 9. 2012]</i>	
5.	Nichtmitführen des Viehhändlerpatentes (Art. 20 und 26 Abs. 2 des Viehhandelskonkordates vom 13. September 1943 [BSG 916.71])	
6.	Missachtung der Leinenpflicht (Art. 7 des Hundegesetzes vom 27. März 2012 [BSG 916.31]) [Fassung vom 19. 9. 2012]	100.-
7.	Unbeaufsichtigtes Laufenlassen eines Hundes im öffentlichen Raum (Art. 5 Abs. 2 Hundegesetz) [Fassung vom 19. 9. 2012]	100.-
8.	Unwirksame Kontrolle eines Hundes (Art. 5 Abs. 2 Hundegesetz)	100.-
9.	Unberechtigtes gleichzeitiges Ausführen von mehr als drei mehr als vier Monate alten Hunden (Art. 9 Hundegesetz) [Fassung vom 19. 9. 2012]	100.-
10.	Nichtführen der Viehhandelskontrolle (Art. 37 Bst. a TSV) [Fassung vom 17. 5. 2006]	150.-
11.	... [Aufgehoben am 17. 5. 2006]	40.-
D	<i>Waldstrassen</i>	
12.	Missachtung des Fahrverbotes für Waldstrassen (Art. 43 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über den Wald [Waldgesetz, WaG [SR 921.0]])	100.-
E	<i>Abfallbewirtschaftung</i>	
13.	Hinauswerfen von Gegenständen aus dem Fahrzeug (Art. 60 Abs. 6 der Verkehrsregelverordnung vom 13. November 1962 [VRV [SR 741.11]])	100.-

14.	Zurücklassen, Wegwerfen oder Ablagern folgender Kleinabfälle ausserhalb von Abfallanlagen oder Sammelstellen (Art. 37 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes vom 18. Juni 2003 über die Abfälle, Abfallgesetz [AbfG] [BSG 822.1], Art. 10 und 15 Hundegesetz): [Fassung vom 19. 9. 2012]	
14.1	Hundekot	80.-
14.2	Inhalt eines Aschenbechers	80.-
14.3	Einzelne Kleinabfälle wie Dosen, Flaschen, Papier, Verpackungen, Zigarettenstummel, Kaugummi, Essensreste	40.-
14.4	Kleinabfälle wie Dosen, Flaschen, Papier, Verpackungen, Zigarettenstummel, Kaugummi, Essensreste bis zu einer Menge von fünf Litern	80.-
14.5	Siedlungsabfälle aller Art in folgenden Mengen:	
	a ab fünf bis 17 Liter	100.-
	b ab 17 bis 35 Liter	150.-
	c ab 35 bis 60 Liter	220.-
	d ab 60 bis 110 Liter	300.-
<i>F</i>	<i>Jagd und Wildtierschutz</i>	
15.	Unterlassen der Meldepflicht bei der Selbsthilfe (Art. 8 Abs. 5 der Jagdverordnung vom 26. Februar 2003 [JaV [BSG 922.111]] i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes vom 25. März 2002 über Jagd und Wildtierschutz [JWG [BSG 922.11]])	50.-
16.	Nicht unverzügliches Melden von Nachsuchen, die innerhalb der zeitlichen oder örtlichen Beschränkung der Jagd stattfinden (Art. 16 JaV i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. a JWG)	50.-
16a.	Nichterfüllung der Einschiesspflicht oder Nichteintragung im Abschusskontrollheft (Art. 17a JaV) [Eingefügt am 13. 4. 2011]	100.-
17.	Überschreitung der maximal zulässigen Schussdistanz (Art. 18 JaV i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. a JWG) um 11 bis 30%	100.-

18.	Aufnahme der Jagd nach Gebrauch eines Motorfahrzeugs in der gleichen Zeitperiode (Art. 21 Abs. 1 und 2 JaV i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. a JWG)	100.-
19.	Nichtanbringen der Fahrzeugvignette (Art. 21 Abs. 4 JaV i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. a JWG)	20.-
20.	Nichtmitführen der für Gäste vorgeschriebenen Ausweise und Papiere, insbesondere der Bestätigung über die anerkannte Jagdprüfung (Art. 4 Abs. 1 und 2 der Direktionsverordnung vom 27. März 2003 über die Jagd [JaDV [BSG 922.111.1]] i.V.m. Art. 18 Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1986 über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel [JSG [SR 922.0]])	20.-
21.	Nichtmitführen der für Jägerinnen und Jäger vorgeschriebenen Ausweise und Papiere, insbesondere der gültigen persönlichen Jagdbewilligung (Art. 18 Abs. 4 JSG)	20.-
22.	Überschreitung der zulässigen Anzahl eingesetzter Jagdhunde um höchstens zwei Hunde (Art. 7 JaDV Abs. 1 und 2 i.V.m. Art. 18 Abs. 1 Bst. d JSG) pro Jägerin oder Jäger für jeden überzähligen Hund	50.-
23.	Anlernen von Jagdhunden (Art. 9 JaDV i.V.m. Art. 18 Abs. 1 Bst. d JSG),	
	<i>a</i> ohne Bewilligung	100.-
	<i>b</i> unter Missachtung von Bewilligungsaufgaben	50.-
24.	Auslegen von Schweinefleisch am Luderplatz (Art. 13 JaDV i.V.m. Art. 47 des eidgenössischen Tierseuchengesetzes vom 1. Juli 1966 [TSG [SR 916.40]])	100.-
25.	Unvollständiges, unkorrektes oder unterlassenes Eintragen eines erlegten Wildtiers, das mit dem Basispatent alleine oder mit dem Patent E jagdbar ist, vor der Besitzergreifung (Art. 17 Abs. 1 JaDV i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. a JWG) [Fassung vom 17. 5. 2006]	30.-

26.	Unvollständiges oder unkorrektes Eintragen eines erlegten Wildtiers, das mit dem Patent A, B, C oder D jagdbar ist, soweit der fehlbare Eintrag nicht Tierart, Geschlecht, Alter beim Gämswild oder Wildraum betrifft (Art. 17 JaDV i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. a JWG) <i>[Fassung vom 17. 5. 2006]</i>	30.-
27.	Nichtangeben des Abschusstages und/oder -monats durch Nichttheraustrennung der entsprechenden Laschen an der Wildmarke (Art. 17 Abs. 2 JaDV i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. a JWG) <i>[Fassung vom 17. 5. 2006]</i>	30.-
28.	Missachtung des Leinenzwangs (Art. 3 Abs. 1 Bst. e der Verordnung vom 26. Februar 2003 über den Wildtierschutz [WTSchV <i>[BSG 922.63]</i>] i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. c JWG) <i>[Die Ziffern 28 bis 30 entsprechen den bisherigen Ziffern 26 bis 28]</i>	100.-
29.	Missachten von Verboten in Wildschutzgebieten (Art. 3 Abs. 1 Bst. f WTSchV i.V.m. Art. 31 Abs. 1 Bst. c JWG) <i>[Die Ziffern 28 bis 30 entsprechen den bisherigen Ziffern 26 bis 28]</i>	100.-
30.	Unbeaufsichtigtes Laufenlassen von Hunden (Art. 7 Abs. 1 WTSchV i.V.m. Art. 18 Abs. 1 Bst. d JSG sowie Art. 31 Abs. 1 Bst. c JWG) <i>[Die Ziffern 28 bis 30 entsprechen den bisherigen Ziffern 26 bis 28]</i>	100.-
G	<i>Verkehr ausserhalb öffentlicher Strassen [Eingefügt am 17. 5. 2006]</i>	
31.	Befahren von Grünstreifen oder anderen Flächen, welche nicht für den Verkehr mit Motorfahrzeugen vorgesehen sind (Art. 58a der Strassenverkehrsverordnung vom 20. Oktober 2004 [StrVV <i>[BSG 761.11]</i>]) <i>[Eingefügt am 17. 5. 2006]</i>	120.-
32.	Parkieren auf Grünstreifen oder anderen Flächen, welche nicht für den Verkehr mit Motorfahrzeugen vorgesehen sind (Art. 58a StrVV) <i>[Eingefügt am 17. 5. 2006]</i>	120.-

Anhang

18.9.2002 V

BAG 02–63, in Kraft am 1. 1. 2003

Änderungen

11.2.2004 V

Abfallverordnung, BAG 04–21 (Art. 40), in Kraft am 1. 6. 2004

19.5.2004 V

BAG 04–42, in Kraft am 1. 8. 2004

17.5.2006 V

BAG 06–64, in Kraft am 1. 8. 2006

17.5.2006 V

Strassenverkehrsverordnung, BAG 06–66 (II.), in Kraft am 1. 8. 2006

17.10.2007 V

Polizeiverordnung, BAG 07–107 (Art. 17), in Kraft am 1. 1. 2008

5.11.2008 V

BAG 08–126, in Kraft am 1. 1. 2009

1.4.2009 V

zum Schutz vor Passivrauchen, BAG 09–44 (Art. 6), in Kraft am 1. 7. 2009

27.10.2010 V

BAG 10–108, in Kraft am 1. 1. 2011

13.4.2011 V

Jagdverordnung , BAG 11–46 (II.), in Kraft am 1. 4. 2012

19.9.2012 V

über den Tierschutz und die Hunde, BAG 12–92 (II.), in Kraft am 1. 1. 2013

20.11.2013 V

BAG 13–105, in Kraft am 1. 2. 2014